

5. Versorgungsgrundlagen erhalten - Schutz der vegetativen und produktiven Kulturschicht von landwirtschaftlichen Böden

Parlamentarische Initiative Daniel Wäfler (SVP, Gossau), Konrad Langhart (Die Mitte, Stammheim), Hans Egli (EDU, Steinmaur) vom 11. Juli 2022

WAK Kommission für Wirtschaft und AbgabenKR-Nr. 244/2022

Daniel Wäfler (SVP, Gossau): Nun kann man sich endlich wieder einmal so vis-à-vis sehen, wer von uns hätte vor vier Jahren erwartet, dass wir uns heute hier (*im Provisorium Rathaus Hard*) zur Ratssitzung treffen. Wie sieht die Zukunft überhaupt aus? Wie bereiten wir uns darauf vor? Die aktuellen Ereignisse um den Krieg in der Ukraine und die weltweite Verknappung und Verteuerung von Rohstoffen und Lebensmitteln gehen auch nicht spurlos am Kanton Zürich vorbei. In seiner Antwort auf die Anfrage 83/2022, «Beitrag vom Kanton Zürich zur Versorgungssicherheit», rechnet der Regierungsrat mit einer Verknappung der Lebensmittel. So schreibt er: «Die Weltgemeinschaft ist gefordert, ihre Anstrengungen zur Unterstützung betroffener Länder entsprechend zu verstärken, um Hunger zu vermeiden.» In der Antwort auf die Anfrage 79/2022 geht er weiter und nennt Folgendes: «Die wichtigsten Pfeiler der kantonalen Agrarpolitik sind die Sicherstellung der Produktionsfaktoren Boden, gut ausgebildete Arbeitskräfte und die Erhaltung der Biodiversität.»

Nimmt man diese Einschätzung ernst, dann stellt sich mit Blick auf die Zukunft unweigerlich die Frage: Was tun wir, um den möglichen Engpässen entgegenzuwirken? Eine Sofortmassnahme muss der Erhalt unserer Grundlagen der Nahrungsmittelproduktion sein. Der Boden für vegetative Zwecke ist ein Kapital für die Zukunft, zumindest jener Boden, den wir nicht schon für Bauprojekte verplant haben. Dieser Boden muss in seiner Struktur, seines Aufbaus und der Mächtigkeit erhalten und aufgewertet werden, die Bodenfruchtbarkeit darf aber auf keinen Fall irreparabel zerstört werden. Die Förderung von Biodiversität ist ein Auftrag von Behörden und Landwirtschaft, welcher im Gleichschritt mit der nachhaltigen Produktion erfolgen kann. Die Landwirtschaft bietet Hand, um die Biodiversität zu erhalten und praktischen Naturschutz zu ermöglichen, doch immer im Rahmen der natürlichen Ausgangslage. Das Anlegen von künstlichen Flächen durch Abtrag von in Jahrtausenden gewachsenen Kulturschichten ist aber ein teurer und grober Eingriff in die Natur und die langfristige Nutzung unserer Böden. Diese sehr maschinen- und transportlastige Abhumusierung zerstört die Versorgungsgrundlagen der Zukunft und ist mit Blick auf Naturkatastrophen und zu erwartenden Lebensmittelknappheiten im Ausland und die Bedürfnisse künftiger Generationen sehr problematisch. Dieses Verfahren mag im urbanen Bereich sinnvoll sein, wo bereits künstlich angelegte Grünflächen weiter umgestaltet werden, wo Unterhaltskosten minimiert werden können, etwa bei einem Strassenkreisel. Doch auf jahrtausendealten gewachsenen Böden ist es eine andere Ausgangslage und es muss genau abgewogen werden, was wir gewinnen und was wir verlieren. Dass sich die Art des Menschen, unsere Art, auf Kosten anderer Arten breitmacht, das

ist eine Realität. Und auch hier im Sihlfeld waren früher mal mehr Feuchtgebiete und gab es andere Biotope. Die Industriezonen in der Agglomeration komplettieren das, das ist einfach eine Realität. Doch wir müssen wirklich abwägen: Was ist realistisch und gefährdet nicht unsere Zukunft?

Doch nun etwas weg vom Dramatisieren. Nicht erst im Angesicht der tragischen aktuellen Entwicklungen rund um den Ukraine-Krieg ist das Abhumusieren in der Kritik, sondern schon 2007 wurde in einer Anfrage (*KR-Nr. 187/2007*) von der grünen Kollegin Françoise Okopnik (*Altkantonsrätin*) das Wesentliche witzig auf den Punkt gebracht. Es gab dazu auch noch eine ganze Reihe anderer Vorstösse, doch hier mal wirklich ein gutes Zitat aus der Anfrage: «Die Bilanz zehn Jahre Naturschutzgesamtkonzept 1995 bis 2005 weist im Kapitel 5.07 darauf hin, dass zur Förderung von Magerwiesen Oberboden, auch Humus genannt, abgetragen wird. Diese Praxis steht im Widerspruch zu Artikel 6 und Artikel 7 der Verordnung vom 1. Juli 1998 über Belastungen des Bodens. Die Artenvielfalt im Boden übersteigt die Artenvielfalt auf dem Boden bei weitem. Neben Regenwürmern – www.regenwurm.ch –, Larven von Insekten, auch geschützten Insekten, Mäusen und anderen, von Auge sichtbaren Lebewesen ist der Boden auch beispielsweise von Bärchen – www.baertierchen.de – bewohnt. Im Unterschied zu Gummibärchen bergen Bärtierchen keinerlei Gefahr.» Zitatende der damaligen grünen Kollegin. Also: Zu Gummibärchen kann ich mich jetzt nicht äussern, da bin ich nicht der Experte, dem Rest kann ich aber zustimmen. Und in der Antwort des Regierungsrates von damals meinte dieser: «Sowohl durch extensive Nutzung als auch durch Auslagerung allein wird die Artenvielfalt in absehbaren Zeiträumen nicht wesentlich grösser, und seltene oder gefährdete Arten werden in der Regel nicht gefördert. Für die Erhaltung der stark bedrohten Arten, die auf sofort wirkende Massnahmen angewiesen sind, sind deshalb beide Methoden nicht geeignet. Es wird angestrebt, weitere Methoden zu erproben.»

Also, weitere Methoden wurden schon 2007 in Aussicht gestellt, um den krassen Eingriff des Abhumusierens möglichst zu vermeiden, um die seltenen Arten zu retten. Wo sind diese Methoden im Jahr 2023? 2007 bezifferte der Regierungsrat in dieser Anfrage die artenreichen Magerwiesen auf 150 Hektaren, 2019, in einer aktuelleren Anfrage, aber schon auf 600 Hektaren artenreiche Trockenstandorte. Offenbar ist mittlerweile etwas erreicht worden und weitere Eingriffe müssten mittlerweile obsolet sein. Aus diesen Überlegungen heraus ist diese PI entstanden. Auf direktem Weg soll so ein Beitrag an die Versorgungssicherheit geleistet werden, indem nicht nur die Fläche geschützt wird, sondern auch der nutzbare Boden darauf an sich. Dies gibt auch die Chance, Denkmodelle aus den letzten drei Jahrzehnten, wo gefühlt ewiger Friede geherrscht hat, an die Realitäten der Gegenwart und Zukunft anzupassen und den Umweltschutz ebenfalls weiter zu bringen. Daher bitte ich Sie, diese PI zu unterstützen und der Kommission die Chance zu geben, sich mit diesem wichtigen Thema gründlich zu befassen und den Boden oder eben den Dreck wieder so zu würdigen, wie er es verdient. Nicht mehr Dreck in der Politik, aber halten wir Sorge zum wertvollen Boden, denn wir haben ihn seit Generationen zur Ernährung, und er soll auch künftig weitere Generationen ernähren. Danke vielmals für die Unterstützung.

Jonas Erni (SP, Wädenswil): Versorgungssicherheit ist mehr als ein Schlagwort, Versorgungssicherheit sollte stets im politischen Fokus stehen: Versorgungssicherheit bezüglich Nahrungsmitteln, Energieträgern und weiteren Ressourcen. Genauso wichtig ist aber unsere Biodiversität, und die natürliche Artenvielfalt nimmt auch im Kanton Zürich ab. Hier hätten Sie es in der Hand, liebe Landwirtinnen und Landwirte, denn die Artenvielfalt ist genauso schützenswert wie auch die Versorgungssicherheit. Und wenn nicht jeder letzte Quadratmeter in Gülle ertränkt würde, müsste man auch nicht für teures Geld nun renaturieren und wieder artenarme Flächen schaffen, damit die seltenen Tier- und Pflanzenarten, die auf diese artenarmen Böden angewiesen sind, einen Lebensraum finden. Und wenn Ihnen die Erdschichten, die Humusschichten so wichtig sind, dann könnten Sie sich vielmehr dafür einsetzen, dass weniger Humus zerstört wird durch die Bautätigkeit. Denn es ist viel mehr Fläche, die durch die Bautätigkeit verlorengeht als durch Biodiversitätsfördermassnahmen. Wir lehnen die PI entsprechend ab.

Edith Häusler (Grüne, Kilchberg): Geschätzte Initianten, Ihr Anliegen ist mir verständlich. Der gewachsene Boden bildet das Rückgrat unserer Ernährung und soll für uns, für die Nachwelt erhalten bleiben. Dieses Anliegen teilen die Grünen vollumfänglich, und ich bin ja unendlich froh, dass Sie das jetzt auch gemerkt haben. Leider aber schlagen Sie den Sack und meinen den Esel. Die wahre Bedrohung für unsere wertvollen Fruchtfolgeflächen geht nämlich von unseren Kiesgruben, Deponien, Bautätigkeiten aus und nicht vom Naturschutz, wie Sie ihn immer vorne hinstellen. Ich habe Ihnen einige Beispiele zusammengetragen: Die Kiesgrube Tagelswangen konsumierte 39 Hektaren Landwirtschaft, Land und Wald. Der Ausbau der Schaffhauserstrasse im Hardwald auf vier Spuren benötigt 4,5 Hektaren Landwirtschaftsland und Wald. Und der Ausbau der Piste Nummer 28 am Zürcher Flughafen beansprucht über 12 Hektaren Fruchtfolgeflächen – besser Güte, notabene. Leider nehmen Sie in Ihrer PI den Verlust der Folgefruchtfolgeflächen infolge unserer Bautätigkeit explizit aus und schauen beim echten Problem einfach weg. Und sonst können Sie gerne mal in den Bezirk Horgen kommen, da gibt es mannigfaltige Beispiele zu betrachten.

Ebenfalls unterscheidet die PI nicht, ob der Oberbodenabtrag auf einem anthropogenen, veränderten Boden stattfinden soll. Viele unserer Böden sind nicht, wie Sie in Ihrer PI schreiben, seit der Eiszeit gewachsen, sondern wurden mit Bauschutt aufgefüllt, drainiert, abhumusiert und über Jahrzehnte gedüngt. Voilà, wenn Sie also mit der Eiszeit argumentieren, sollten Sie etwas vorsichtig sein. Natürlicherweise hätten wir nämlich um Welten mehr versumpfte, kiesige und karge Böden. Der Naturschutz, den Sie mit diesem Vorstoss im Visier haben, überlegt sich durchaus, ob eine Aufwertung mittels Bodenabtrag gemacht werden soll oder eben nicht. Der Naturschutz macht nämlich schon längst genau das, was Sie fordern. Die sogenannten IR-Flächen (*Flächen in der Naturschutzzone IR*) werden regeneriert, indem man über Jahrzehnte versucht, sie auzumagern. Häufiges Schneiden ohne Düngung führt leider vielerorts nicht zum Ziel. Zu gross sind das verbleibende Nährstoffangebot aus der vorangegangenen intensiven Nutzung

und der Stickstoffeintrag aus der Luft. Der Naturschutz bleibt auf seinen fetten Wiesen hocken und bezahlt trotzdem jährlich Beiträge an die Bewirtschafter. Das sollte jetzt auch aus ökonomischer Sicht in Ihrem Sinn sein, dass, wenn für eine Fläche schon Naturschutzbeiträge bezahlt werden, die Fläche immerhin die ökologische Qualität aufweist. Und dies gelingt oftmals nur mittels Oberbodenabtrag. Da wir dies nicht kategorisch ausschliessen wollen, unterstützen wir die PI nicht.

Martin Huber (FDP, Neftenbach): Die Bevölkerung wächst, was zwangsweise mehr Nahrungsmittel nötig macht. Die Fläche für deren Produktion ist beschränkt und immer mehr davon geht für den wachsenden Bedarf an Wohnfläche und Verkehrsinfrastruktur verloren. Auf der verbleibenden Fläche kann nicht immer mehr produziert werden, weil auch die Intensität nicht unbeschränkt erhöht werden kann. Unbeschränkte Nährstoff- und Pestizidgaben gefährden die Bodenfruchtbarkeit, das Trinkwasser und die Biodiversität. Sie sind nicht im Sinne der Bevölkerung und der Landwirtschaft. Qualitativ hochstehende Biodiversitätsförderflächen sollen gewährleistet werden, jedoch ohne dass die Böden mittel- oder langfristig für die Produktion unbrauchbar gemacht werden.

Die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion Mitte des letzten Jahrhunderts war nötig, um die Bevölkerung auch in Krisensituationen ausreichend zu ernähren. Die Bevölkerung ist seither stark gewachsen und dadurch wurde viel fruchtbarer Boden durch Siedlungen und Verkehrsinfrastruktur unwiderruflich zerstört. Es ist deshalb wichtig, dass die verbleibenden, gewachsenen Böden uneingeschränkt erhalten bleiben, damit sie mindestens in Krisensituation für die Lebensmittelproduktion zur Verfügung stehen. Die Landwirtschaft wehrt sich nicht per se gegen die Extensivierung, zum Beispiel für die Vernetzungsflächen oder zur Biodiversitätsförderung. Die Landwirtschaft ist gemäss Direktzahlungsverordnung verpflichtet, 7 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche pro Betrieb als Biodiversitätsförderflächen auszuscheiden. Die Zürcher Bauern haben jedoch freiwillig circa 15 Prozent Biodiversitätsförderflächen ausgeschieden. Sie nehmen ihre Verantwortung für die Biodiversität also mehr als nur minimal wahr. Der Boden muss nach seiner Funktion geschützt werden. Erfüllt ein Boden die Funktion «Nahrungsmittelproduktion», so ist er zu erhalten, unabhängig, ob er früher einmal verändert wurde. Es wird aber kein Boden abgetragen. In Notsituationen könnten die Flächen dann wieder unter den Pflug genommen werden. Das BAFU (*Bundesamt für Umwelt*) nennt diese Flächen «sekundäre Fluchtfolgeflächen». Die PI wird von der FDP unterstützt, tun Sie es uns gleich. Danke vielmals.

Monica Sanesi Muri (GLP, Zürich): Diese PI möchte bewirken, dass Landwirtschaftsflächen zwingend erhalten werden sollen. Die Böden sind gedüngt, um die Produktivität zu steigern. Auf gedüngten Böden wachsen nur wenige Pflanzenarten. Sie wachsen gut, aber es sind nur einzelne Arten, und diese verdrängen die übrige Vegetation, die bunt ist und unter natürlichen Bodenbedingungen wachsen würde. Unter naturnahen Bedingungen würde es duften, es würde zirpen, rascheln und surren.

Ja, auf gewissen Flächen soll die Landwirtschaft Vorrang haben, keine Frage. Es gibt aber auch Flächen, die zugunsten des Naturschutzes und der Biodiversität abhumusiert werden sollen, also die oberste Bodenschicht mit den zu vielen Nährstoffen abgetragen wird, damit ökologisch wertvolle Magerwiesen entstehen können. Diese sind Lebensraum für eine grosse Vielfalt an Pflanzenarten und eine entsprechend grosse Vielfalt an Tierarten, ein Hotspot der Biodiversität.

Mit dieser PI geht der politische Wirbel um die Nahrungsmittelsicherheit weiter. Am Naturschutz herumzuschrauben ist jedoch eine sehr schlechte Idee. Im Naturschutz sind bereits grosse Defizite vorhanden und diese lassen sich nicht schnell, schnell aufholen. Die Anliegen der Natur brauchen mehr Verbindlichkeit und mehr Gewicht bei den Interessenabwägungen. Mit allem Respekt für die Landwirtschaft, in dieser absoluten Formulierung hat die PI keine Chance. Die Grünliberalen werden Sie nicht vorläufig unterstützen.

Judith Anna Stofer (AL, Zürich): Es geht um die Ernährungssicherheit und darum erlauben Sie mir einen kleinen Rekurs auf die Debatte vom 16. Januar 2023, als wir die PI 243/2022 diskutiert haben. Dabei ging es um den absoluten Erhalt der Drainagen und gegen die Wiedereinführung von Feuchtgebieten. Die ablehnende Haltung der Alternativen Liste ist von mir etwas polemisch formuliert worden. Nun denn, Sie haben mich mit Ihrer Wortwahl leider herausgefordert. So hantierten Sie selber mit einer pathetischen Keule, indem sie in der PI schrieben – ich zitiere – «das Werk» – in Klammern: die Drainagen sind gemeint – «unserer Vorfahren gilt es unbedingt zu erhalten». Das ist Ihrerseits sehr polemisch. Sie klammern nämlich aus, dass das Leben aus Zielkonflikten besteht, dass sich das Leben entwickelt, nie stillsteht und einem dauernden Veränderungsprozess unterworfen ist. Ihr Vorschlag, mithilfe einer Gesetzesänderung einen aktuellen Zustand für Jahrzehnte einzufrieren und damit Neues zu verhindern, ist keine adäquate Lösung, um das Problem der fehlenden Biodiversität in den Griff zu kriegen. In der Debatte von Mitte Januar war viel von Zielkonflikten die Rede. Wir wissen alle, dass es mit der Biodiversität bei uns nicht zum Besten steht, dass wir bereits fünf nach zwölf haben und darum die Förderung der Biodiversität zurzeit absoluten Vorrang geniessen muss.

Nun hat die PI 243/2022 einen Zusammenhang mit der PI 244/2022, die heute zur Debatte steht. Auch hier operieren Sie wieder nach einem ähnlichen Muster und spielen die Ernährungssouveränität gegen die Biodiversität aus. Sie schreiben, ich zitiere: «Das Anlegen von künstlichen Flächen durch den Abtrag von der seit der Eiszeit gewachsenen Kulturschicht ist aber ein teurer und grober Eingriff in die Natur und die langfristige Nutzung der Böden.» Ich frage mich, welche der vielen Eiszeiten Sie genau meinen. Und auch hier gilt: Sie unterschlagen, dass unsere Welt Veränderungsprozessen unterliegt, die Menschen schon immer mitgestaltet haben und es Zielkonflikte gibt. Die Alternative Liste steht für die Biodiversität ein. Das heisst für uns aber nicht, dass wir die Ernährungssouveränität nicht schätzen. Wir lehnen einzig diese PI ab, die dazu dient, die Welt auf dem Stand von heute einzufrieren, und keine nachhaltige Lösung bietet. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Konrad Langhart (Die Mitte, Stammheim): Ich darf Ihnen meine Interessenbindungen bekanntgeben: Ich habe gar keine. Und darum kann ich mich auch ganz unbefangen als Anwalt des Bodens engagieren und darum habe ich mich auch an dieser PI mitbeteiligt. Es ist eine gute PI, darum habe ich sie mitunterzeichnet, auf die Bedeutung des Bodens müssen wir nicht mehr näher eingehen, das haben wir jetzt schon gehört. Der Boden ist das Ein und Alles in der Ernährungssicherheit, ohne Boden geht gar nichts, in der Landwirtschaft ist es der wichtigste Produktionsfaktor, Kollege Wäfler hat dazu schon alles gesagt, auch zur Begründung der PI. Aber ich muss ihn doch noch ergänzen und da gebe ich tatsächlich auch Kollegin Häusler recht: Wir lösen hier mit dieser PI ein ganz kleines Problem. Diese PI ist ein Mosaiksteinchen im ganzen Bodenschutz, im quantitativen und qualitativen Bodenschutz, und der grösste Druck auf den Boden kommt ja nicht von innerhalb der Landwirtschaftszone – das auch, sicher –, sondern der kommt von ausserhalb. Und da bitte ich meine Kolleginnen und Kollegen zur Linken oder Rechten, in Zukunft auch Vorstösse zu unterstützen, die den sorgsamem Umgang mit dem Boden in der Bauzone berücksichtigen. Also ich bitte Sie, diese PI zu unterstützen.

Vielleicht noch ein Wort zu Jonas Erni: Also mit solchen Sprüchen wie, dass jeder Quadratmeter Landwirtschaftsboden in Gülle ertränkt werde, können Sie jetzt dann irgendwann einmal aufhören. Das glauben nämlich nicht einmal Ihre Wähler, dass das so ist, auch am linken Zürichseeufer ist das überhaupt nicht der Fall, also seien Sie doch ein bisschen konstruktiver. Und dann noch ein Schlusswort: Es gibt nicht die Ernährungssicherheit und die Biodiversität, denn beides geht nur zusammen. Es gibt nicht das «Entweder – oder». Besten Dank.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Der Titel der PI sagt es bereits, Versorgungsgrundlagen erhalten und Schutz der vegetativen und produktiven Bodenschicht von landwirtschaftlichen Böden, das ist das Zentrale bei dieser PI. Es besteht ja aktuell, auch wenn es momentan nicht so scheint, ein gewisses Risiko einer Strommangellage, und wir werden es einmal erleben, wir werden es alle erleben, dass wir eine Nahrungsmittelmangellage haben. Und die Lebensmittel werden nicht nur in der Schweiz knapper, sondern sie werden global knapper. Vor diesem Hintergrund ist diese PI geschaffen worden. Mit Weitsicht ist diese PI geschaffen worden, die dazu beiträgt, dass der Selbstversorgungsgrad nicht unter 50 Prozent fallen wird oder fallen darf.

Abhumusieren bedeutet vor allem eines: natürliche Böden zu zerstören und total unnatürliche Böden, wie zum Beispiel im Neeracherried, neu zu schaffen und diese dann mittels kilometerlangen Kabeln zu bewässern. Natürlich gewachsene Böden – und hier möchte ich explizit die Grüne Partei ansprechen –, natürlich gewachsene Böden zu zerstören, ist ganz sicher eines, nämlich kein Naturschutz, im Gegenteil: Es ist eigentlich eine Frage des Denkens, wie man das Ganze anschaut, und es ist auch eine Arroganz der vollen Bäuche, wenn man darüber entscheidet, natürlich gewachsene Böden zu zerstören. Das Kulturland soll auch für die Nahrungsmittelproduktion stehen und das Kulturland ist unter steigendem

Druck, aber nicht, wie Herr Erni gesagt hat, durch die Bauten, denn Sie wissen es genauso gut wie ich: Der Mehrwertausgleichsfonds erhält kein Geld. Warum? Weil wir ja nichts Neues mehr einzonen. Wir haben mit der Richtplanrevision vor fünf Jahren entschieden, dass nur noch innerlich verdichtet wird. Die Fläche wird nicht mehr überbaut, sondern der Druck der Bauten ist natürlich vor allem der Zuwanderung geschuldet. Und hier hätten wir noch eine Möglichkeit, um die Biodiversität ein bisschen zu fördern, indem wir die Zuwanderung abblocken würden. Ein anderes Beispiel und das ist auch zentral: Die Politik hat ja auf nationaler Ebene entschieden, 3,5 Prozent Biodiversitätsförderflächen auszuscheiden. 3,5 Prozent der Ackerfläche wird ab 2024 für die Biodiversität reserviert, und diese 3,5 Prozent, das sind 13'000 Hektaren, das ist die Fläche des Kartoffelanbaus der gesamten Schweiz. Diese Fläche wird neu der Biodiversität zur Verfügung gestellt, und das ist ein Hintergrund, vor dem wir sagen müssen: Dass wir jetzt auch noch bestehende, intakte Böden durch Abhumusieren zerstören, das ist ganz sicher nicht der richtige Weg.

Und bezüglich Überbauten muss man dann schon noch erwähnen: Allein im Zürcher Unterland 400 landwirtschaftliche Flächen durch potenzielle Feuchtgebiete bedroht, die ausgeschieden werden, durch die Glatt-Renaturierung, durch die exzessive Glatt-Renaturierung, wie sie angedacht ist, und nicht durch die 3 Hektaren Fläche, die die Pistenverlängerung verursacht, sondern durch Glatt-Renaturierungen und andere Renaturierungsprojekte, die exzessiv angedacht sind. Hier müsste ein Umdenken in der Fachstelle Naturschutz passieren. Es braucht eine Güterabwägung zwischen Kulturlandschutz und Biodiversitätsförderung. Aber ich möchte hier nochmals erwähnen, Daniel Wäfler hat es schon gesagt: Artenreiche Trockenstandorte, Magerwiesen hatten wir im Jahr 2006 150 Hektaren, jetzt haben wir 600 Hektaren. Das sind auch Fakten und werden von der linken Seite, teilweise auch von der Mitte immer wieder ignoriert. Das sind Fakten. Vor diesem Hintergrund müssen Sie dieser PI zustimmen. Danke vielmals.

Daniel Wäfler (SVP, Gossau) spricht zum zweiten Mal: Auf die Sache mit der Gülle wurde schon repliziert. Auch wenn du nahe an der Innerschweiz bist, Jonas Erni, aber so schlimm ist es nicht, auch nicht im Bezirk Horgen.

Zu den Kiesgruben: Gerade die Kiesgruben haben ja in den letzten Jahrzehnten die Chance geboten, auf menschlich verändertem Grund doch gewisse Naturbiotope zu schaffen. Es ist sinnvoll, diese für die Naturförderung zu nutzen.

Und dann zum Dünger: Der Dünger kommt immer als etwas Negatives herüber. Zum Dünger möchte ich einfach sagen: Ohne Dünger, also wenn wir einmal eine Phosphorknappheit haben – dazu muss man sagen, die Mehrheit des Phosphors liegt in Marokko oder in Westsahara –, dann haben wir ganz andere Probleme und dann produzieren wir in Europa gar nichts mehr, auch nichts Veganes. Also den Dünger müssen wir schon schätzen, aber ihn richtig anwenden.

Dann dieses Feindbild «produzierende Landwirtschaft»: Kommen Sie mal nach Gossau. In Gossau hat mein Vater in den 80er-Jahren auf einem Hügel, dem Hornet, noch Gerste angebaut. Aber nachher, anfangs 90er-Jahre, hat er im Zuge der Ökoqualitätsmassnahmen eine wunderbare Magerwiese angesät. Die wurde dann

über die Jahre immer magerer, weil nicht mehr gegüllt wurde, und heute ist es wirklich eine Augenweide. Also was da an Vernetzung geleistet wurde vom Naturschutzverein mit dem Kanton, zusammen mit den Landwirten und Landwirtinnen in Gossau, das ist wirklich grossartig und ist stellvertretend.

Dann noch zur Eiszeit: Ja, es war die letzte Eiszeit, die Würmeiszeit, die auch unseren Kanton geformt hat, die wunderbaren Drumlins und die Seen. Wegen der Arbeit – dies noch zu dir, Judith Stofer – wegen den Vorfahren, dieses etwas pathetische Wort, dass die da die Drainagen gebaut haben: Hier möchte ich auch noch zur Ehrrettung der polnischen Internierten erwähnen, dass dort, wo ich aufgewachsen bin, im Tägernauer Ried, tatsächlich 1943/1944 auch polnische Internierte an den Drainagen mitgearbeitet. Also das war damals wirklich existenziell, und noch 1943 konnte wahrscheinlich niemand abschätzen, wann es zu Ende ist und wie es zum Schluss rauskommt. Und heute sind wir ansatzweise auch wieder in einer Situation, in der wir nicht darauf wetten können, was in vier Jahren ist. Also deshalb das Wort von Hans Egli: Wir brauchen Weitsicht und Weisheit, und das möchten wir im Umgang mit unserem Boden hier erreichen. Danke vielmals für die Unterstützung.

Präsidentin Esther Guyer: Wir haben eine reduzierte Debatte. Das heisst, die Parteien sprechen einmal und replizieren darf der Initiant. Darum sind wir jetzt am Ende.

Für die vorläufige Unterstützung einer parlamentarischen Initiative braucht es mindestens 60 Stimmen.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 244/2022 stimmen 79 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht. Die Initiative ist vorläufig unterstützt.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Die Geschäftsleitung wird die parlamentarische Initiative einer Kommission zu Bericht und Antrag zuweisen.

Das Geschäft ist für heute erledigt.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Bevor wir zum nächsten Traktandum kommen, habe ich noch eine Bitte: Sie wissen, in der Messe (*gemeint ist das vorherige Rathaus-Provisorium in der Messehalle 9 in Oerlikon*) mussten wir einander anschreien, um überhaupt etwas zu hören. Hier drin müssen Sie Ihre bilateralen Gespräche dämpfen. Man hört alles. Also einfach leise sprechen. Ausserdem höre ich, dass der Gong draussen nicht funktioniert. Das ist schade, aber Jürg Sulser wird jedes Mal die Leute reintreiben. (*Heiterkeit und Applaus, Jürg Sulser ist bekannt für seine tragende Stimme.*)